

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Rechtssichere Einführung des „Dosenpfands“ gewährleisten**

Um den Rückgang der Verwendung umweltfreundlicher Mehrwegverpackungen für Getränke zu verhindern, hatte die ehemalige CDU/FDP-Bundesregierung mit der Verpackungsverordnung vor allem auf die Freiwilligkeit von Industrie und Handel gesetzt und nur für den Fall der deutlichen Verringerung des Mehrweganteils ein Pflichtpfand vorgesehen. Während mittelständische Brauereien, die Mineralbrunnen, der Getränkegroß- und -einzelhandel in Mehrwegsysteme investiert haben, ist die „Selbstverpflichtung“ insbesondere aufgrund der Marktstrategie der Discounter und großen Supermärkte gescheitert. So hat sich beispielsweise der Marktanteil von Dosenbier in den letzten zehn Jahren auf 24 % verdoppelt. Gegenüber den Mehrweg-Alternativen verursachen sie deutlich mehr Abfall, verbrauchen mehr Energie und tragen stärker zum Treibhauseffekt bei.

Mit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 28. November 2002 wurde die Umsetzung der Pfandregelung für Einweg-Getränkeverpackungen gemäß Verpackungsverordnung bestätigt. Ab 1. Januar 2003 ist jeder Händler verpflichtet, Einweg-Verpackungen für Bier, Mineralwasser und Erfrischungsgetränke mit Kohlensäure, die er verkauft, gegen Pfand wieder zurück zu nehmen. Das betrifft vor allem Getränke-Dosen, Einweg-Glas und Einweg-Plastikflaschen (PET).

Um den Vertrauensschutz mittelständischer Unternehmen, die entsprechend der zu erwartenden Pfandregelung ihr Sortiment angepasst haben, zu gewährleisten und um die Umwelt zu entlasten ist es unerlässlich, dass die Einführung des Pfands rechtssicher vollzogen wird. Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen ist zu sichern, dass ab dem 1. Januar 2003 Einweg-Verpackungen nicht illegal ohne Pfand verkauft werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. alle Instrumente und Möglichkeiten zu nutzen, um Industrie und Handel bei der Einführung der Pfandregelung zu unterstützen,
2. die Einführung des Pfands konsequent zu überwachen und dadurch die Umsetzung der Verpackungsverordnung sicherzustellen.

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen